

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Volker Hauff, Bundesminister für Forschung und Technologie, verurteilt die Obstruktionspolitik der Ministerpräsidenten Albrecht und Filbinger.

Seite 1/2

Peter Conradi MdB zum Abschied von Karl Ravens aus dem Bundesbauministerium.

Seite 3/4

Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, würdigt die Leistungen von Marie Schlei.

Seite 5

Hans-Jürgen Augstein MdB fragt nach dem Konzept der Union zur innerdeutschen Politik.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 33

16. Februar 1978

Energiepolitik auf Abwegen

Filbinger und Albrecht haben beträchtlichen Schaden angerichtet

Von Dr. Volker Hauff MdB
Bundesminister für Forschung und Technologie

Die Blockierung und Ablehnung des 4,35 Milliarden DM Energiesparprogramms der Bundesregierung durch die Ministerpräsidenten Filbinger und Albrecht ist uns allen noch in wacher Erinnerung. Eine Entscheidung orientiert an rein parteitaktischen Überlegungen, die die Glaubwürdigkeit der Landesregierungen in Sachen Energie auf den absoluten Nullpunkt gebracht hat.

Als Begründung mußten verfassungspolitische Bedenken gegen die Finanzierungsart des Bundesprogramms herhalten mit dem Vorwurf der Aushöhlung der Länderhoheit und der zunehmenden Zerstörung der Föderalstruktur unseres Landes durch den Bund. Gerade das Land Baden-Württemberg hat es nötig, hier vorzupreschen, hält es doch seine Gemeinden in starker finanzieller Abhängigkeit und gewährt ihnen kaum eigene Gestaltungsspielräume.

Ministerpräsident Filbinger versucht sich mit der Vorlage seines landeseigenen 50 Millionen DM umfassenden Energiespar- und Lärmschutzprogramms abermals als Roßtäuscher und Falschmünzer.

Spätestens seit der Bekanntgabe der endgültigen Einzelheiten des Landesprogramms dürfte auch dem letzten Zweifler klar sein: Filbinger torpedierte das Bundesprogramm aus reiner Obstruktion und bietet ein eigenes Landesprogramm, das sich nur um Nuancen von dem Bundesprogramm unterscheidet. Als Begründung gibt sein - inzwischen entlassener - Innenminister Schiess an: Damit das Landesprogramm

sich nahtlos in ein Bundesprogramm einfügt, wenn es der Bund auf gesetzlichem Wege verabschiedet.

Filbinger wird zunehmend zum Legendenbildner, der am Schluß wahrscheinlich noch ungestraft behauptet: Energiesparen sei erst von ihm erfunden worden und der Bund habe sein Energiesparprogramm doch bei ihm abgeschrieben.

Es bleibt aber dabei: Das Bundesprogramm war energiepolitisch notwendig, weil es unbedingt erforderlich ist, die rationelle Energieverwendung und das Energiesparen zu einem Hauptziel unserer Energiepolitik zu machen. Es war beschäftigungspolitisch sinnvoll, weil damit 390.000 neue Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Es war ordnungspolitisch unbedenklich, weil es bei voller Aufrechterhaltung der dezentralen autonomen Entscheidung des Bürgers in diesem Lande Rahmenbedingungen setzt, die in die richtige Richtung gehen.

Herr Filbinger lügt ganz einfach, wenn er sein Programm als wirksamer bezeichnet, als umfassender deklariert, nur weil er Lärmschutz zu Energiesparen macht; als sozialer verkauft und als ordnungspolitisch richtige Alternative zum Bundesprogramm mit einer generellen steuerlichen Entlastung und einer Erweiterung des Spielraums für die private Industrie ausgibt.

Filbinger und die CDU in Bund und Land, die mit steuerpolitischen Anreizen Energiepolitik betreiben wollen, verschweigen dem Bürger die entscheidenden Nachteile einer solchen Regelung. Die Steuervergünstigung:

- ist verteilungspolitisch ungerecht, da nur der Steuerzahlende mit relativ hohem Einkommen in den Genuß eines günstigen Steuernachlasses kommt. Rentner, Gewerbetreibende und Arbeitnehmer mit geringem Einkommen werden sozial benachteiligt
- ermöglicht den Vermietern, 100 Prozent der Investitionskosten auf die Miete umzulegen, beim Bundesprogramm sind dies 75 Prozent.

Der Schaden, den Filbinger und Albrecht angerichtet haben, ist schon beträchtlich. Die Hersteller von Wärmepumpen, die nach dem Bundesprogramm gefördert würden, melden bundesweit große Auftragseinbußen. Neue Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Es wird viel von Staatsverdrossenheit und Parteiverdrossenheit der Bürger in unserem Land gesprochen.

Was Filbinger und Albrecht hier dem Bürger darbieten, ist ein Beispiel, wie zwei CDU-Ministerpräsidenten aus wahltaktischen Gründen den Weg der energiepolitischen Vernunft verlassen und lebenswichtige Fragen für unser Volk verzögern oder blockieren.

(-/16.2.1978/ks/hgs)

+ + +

Die große Wende im Wohnungsbau

Karl Ravens hat die entscheidenden Weichen gestellt

Von Peter Conradi MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Mit Karl Ravens' Entscheidung, nach Hannover zu gehen, verliert die Bundesregierung einen erfolgreichen Bauminister, die SPD-Bundestagsfraktion einen Kollegen, der durch seine Sachkunde, seinen Fleiß und seine Freundlichkeit quer durch die Fraktion Ansehen und Freundschaft gewonnen hat.

Das bedeutendste Gesetz seiner vierjährigen Amtszeit war das von Lauritz Lauritzen vorbereitete, von Hans-Jochen Vogel ausgearbeitete und eingebrachte Bundesbaugesetz, das unter Karl Ravens 1976 vom Bundestag verabschiedet wurde. Seine Zähigkeit und Liebenswürdigkeit im Verhandeln und sein entschiedener Wille, dieses Gesetz über Koalitionsmeinungsunterschiede und Bundesratseinsprüche durchzubringen, haben dazu beigetragen, daß dieses Reformgesetz Wirklichkeit geworden ist. Zwar sind aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat eine Reihe sozialdemokratischer Forderungen unerfüllt geblieben - vor allem beim Planungswertausgleich und bei der Enteignungsentschädigung - aber mit dem verbesserten Planungsinstrumentarium der Gemeinden und der gesetzlich verankerten Bürgerbeteiligung haben wir nun ein Bundesbaugesetz, das den Planungs- und Beteiligungsbedürfnissen der 80iger Jahre entspricht.

In die Amtszeit von Karl Ravens fiel die große Wende im Wohnungsbau. Zum ersten Mal seit 60 Jahren entsprachen sich in der Statistik die Zahl der Haushaltungen und die Zahl der Wohnungen. Ravens hat rasch begriffen, daß damit ein Wandel unserer Baupolitik eingeleitet werden mußte: Von der Quantität zur Qualität. Auf die beiden Phasen des Wiederaufbaus der zerstörten Städte unmittelbar nach 1945 und der großen Stadterweiterungsvorhaben auf der "grünen Wiese" in den 50iger und 60iger Jahren war die dritte Phase gefolgt, in der Städte und Gemeinden im Inneren neuen Bedürfnissen anzupassen

waren. Dieser Stadt-Umbau hatte mit einer Sanierungseuphorie begonnen, die in vielen Fällen bauliche und soziale Stadtsubstanz vernichtet hatte. Ravens hat gegen diese Sanierungswelle das Konzept "Erhaltung und Erneuerung" gesetzt, ein menschliches behutsames Konzept der schrittweisen Stadtentwicklung. Mit einer Fülle von Programmen auf dem Gebiet der Modernisierung, wie im Zukunftsinvestitionsprogramm zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden, hat er diese Entwicklung vorangetrieben und im Kabinett wesentliche Anteile der Konjunkturförderungsprogramme für diese Zwecke erstritten. Mit dem Modernisierungsgesetz, dessen Ergänzung um energiesparende Maßnahmen Karl Ravens zum Schluß seiner Amtszeit noch selbst eingeleitet hat, ist dieser Wandel in der Städtebaupolitik auch gesetzlich fundiert worden.

Ein dritter wichtiger Bereich der Amtszeit von Karl Ravens war die Novellierung des Wohngeldgesetzes. Hier hat Ravens, so wie in der zunehmenden Ausrichtung des sozialen Wohnungsbaus auf die besonders bedürftigen sozialen Gruppen sein soziales Engagement bewiesen und deutlich gemacht, daß staatliche Wohnungspolitik über die konjunkturellen und wirtschaftlichen Aspekte hinaus Teil der Sozialpolitik ist. Dazu gehörte auch die Förderung des Wohnungseigentums. Zu keiner Zeit seit 1945 war der Anteil der Eigentumsmaßnahmen im Wohnungsbau so hoch wie unter Karl Ravens!

Ravens erkannte, daß das Wohnungseigentum seit Ende der 60iger Jahre nicht mehr ein Reservat der höheren Einkommenschichten war, sondern zunehmend auch für Arbeitnehmerschichten erreichbares Ziel wurde. Die Ergebnisse seiner Politik der Förderung des Wohnungseigentums bis zur Ausdehnung des § 7 b EStG und der Erweiterung der Grunderwerbssteuerfreiheit für Altbauten strafen die Oppositionsredner Lügen, die landauf landab den Bürgern das Märchen von der Eigentumsfeindlichkeit der SPD einreden wollen.

Es gäbe noch vieles andere aus der Amtszeit Karl Ravens' zu berichten; die qualifizierten Mieten- und Wohngeldberichte, die Vorarbeit für eine Mietentzerrung im sozialen Wohnungsbau, der Ausbau der Stadtbau- und Wohnungsbauforschung, die neue Baunutzungsverordnung und die Mitarbeit am sozialen Mietrecht.

Karl Ravens war ein Bauminister, der mit seinem praktischen Verstand und seinem sozialen Engagement auch den Respekt der Opposition gewonnen hat. Die SPD-Bundestagsfraktion dankt ihm und hält ihm für die Wahl in Niedersachsen und seine weitere zukünftige politische Arbeit alle Daumen!

(-/16.2.1978/ks/hgs)

Entwicklungspolitik aus dem Schattendasein geführt

Marie Schlei hat ein neues Kapitel der Zusammenarbeit aufgeschlagen

Von Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag

Mit Vorschubkritik hatte man sie reichlich überschüttet; doch jetzt irritiert ihr Abschied vom Amt des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit selbst ihre politischen Gegner. In nur 14 Monaten Amtszeit hat Marie Schlei eine Spur hinterlassen, deren Tiefgang sich an den Taten ihrer Vorgänger durchaus messen lassen kann.

Dabei hatte sie ein dornenreiches Feld zu bestellen. Gefragt war die Fähigkeit, einer richtigen Konzeption zum politischen Leben zu verhelfen. Ihr harter und erfolgreicher Kampf um die Sicherung der Finanzierungsgrundlagen dieser Politik war dabei ebenso unerlässlich wie ihr Bemühen, die deutsche Entwicklungspolitik aus der ihr eigenen Gefahr herauszubringen, zwischen den Spannungsfeldern großer Ressortinteressen isoliert zu werden.

Die Solidarität der Fraktion hat sie während dieser schweren Arbeit stets begleitet. Wenn Entwicklungspolitik ausgerechnet im vergangenen Jahr aus ihrem bisherigen Schattendasein herausgetreten ist, dann weniger des internationalen Ansehens wegen, das die Bundesrepublik Deutschland in der Dritten Welt dringend braucht, als vielmehr der maßgeblich durch Marie Schlei ermöglichten Bereitschaft wegen, die Probleme des eigenen Landes mit den Problemen der Entwicklungsländer in Beziehung zu bringen.

Gerade die SPD weiß, wie notwendig diese Dialogbereitschaft gewesen ist, um die gesamte Partei erstmals auf ein geschlossenes entwicklungspolitisches Konzept zu verpflichten. Dieses Konzept einer menschenrechtsbezogenen Entwicklungspolitik ist die Basis, auf der sich die neuen Verbündeten der Entwicklungspolitik verständigen können. Dazu zählen die Gewerkschaften ebenso wie die Unternehmerverbände, die Bundesländer ebenso wie die schon immer Engagierten in Kirchen und in gesellschaftspolitischen Gruppen.

Marie Schlei hat die Frauen in der Dritten Welt neu in unsere Aufmerksamkeit gerückt. Am Tage ihres Abschieds liegt ein Konzept über die Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß vor, das Realitätsnähe und politischen Durchsetzungswillen gleichermaßen erkennen läßt. Das gilt auch für die anderen praktischen Arbeiten, die auf den Weg gebracht worden sind: Für das Schwellenländer-Programm ebenso für den Versuch, die Finanzierung der deutschen Entwicklungspolitik auf eine tragfähige Grundlage durch einen Stufenplan und ein Gesetz zu stellen. Politisch mutig waren ihre Politik im südlichen Afrika, ihre Überlegungen zu einem generellen Schuldenerlaß für die ärmsten Entwicklungsländer und ihre zunehmende Bereitschaft Rohstoffabkommen und die Aufgaben eines Gemeinsamen Fonds zu finanzieren.

Zu viele Männer haben die Splitter im Auge der Marie Schlei zum politischen Thema gemacht und die Oberfläche ihrer Politik für ihren Kern gehalten. Die wirklich großen Leistungen der Sozialdemokratie sind aber stets von Politikern vollbracht worden, die vom Typ her unbequem gewesen sind. Sie haben den arbeitenden Menschen nicht nur repräsentiert, sie haben den Staat und seine Institutionen erst menschlich gemacht.

(-/16.2.1978/ks/hgs)

Die Legende von der Unausgewogenheit

Zur Problematik der innerdeutschen Beziehungen

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Berichterstatler des Haushaltsausschusses für das Bundesministerium
für innerdeutsche Beziehungen

Die Auseinandersetzung um die Deutschlandpolitik wird seit langem mit denselben Grundargumenten geführt. Während die Regierungskoalition auf den mühsamen und langwierigen Prozeß der Entspannung und Normalisierung verweist und mit nicht zu leugnenden positiven Ergebnissen eine Politik der kleinen Schritte betreibt, erneuert die Opposition regelmäßig ihren Vorwurf, in den innerdeutschen Beziehungen seien Leistungen und Gegenleistungen nicht ausgeglichen. Meist wird dies pauschal behauptet.

Ende letzten Jahres hat der Abgeordnete Wohlrabe (CDU) versucht, für diese Behauptung einen Einzelnachweis zu führen. In einem Aufsatz "Was die DDR Bonn schuldet" listete er auf, welche Zahlungen die DDR seit 1970 von der Bundesrepublik erhalten hat und welche vereinbarten Gegenleistungen sie dafür angeblich nicht erbracht hat. Wohlrabe versuchte darzutun, daß Leistungen und Gegenleistungen in keinem angemessenen Verhältnis zueinander stünden. Wohlrabes Zahlen sind zwar korrekt, entstammen sie doch im wesentlichen Angaben der Bundesregierung selbst. Die politische Wertung jedoch macht die Legende von der angeblichen Unausgewogenheit ebenso wenig wahr wie die ständige Wiederholung dieser Behauptung.

Hat die Bundesregierung wirklich Konzessionen gemacht, ohne die Gegenleistung eindeutig fixiert zu haben? Man muß zunächst sehen, aus welchen Gründen Bonn Zahlungen leistet. Im wesentlichen geschieht dies, um die geographisch nachteilige Lage Berlins (West) auszugleichen, um den Reiseverkehr in die DDR zu unterstützen, aus humanitären Gründen und im Rahmen des innerdeutschen Handels.

Soll die Transitpauschale etwa nicht mehr gezahlt werden? Will Wohlrabe auf die Grunderneuerung der Autobahn verzichten? Hat er etwas gegen die Postpauschale? Oder möchte er gar, daß keine politischen Gefangenen mehr herausgeholt werden? Man muß, wenn man Vorwürfe erhebt, schon konkret sagen, was man anders und besser machen würde. Das aber ist nicht geschehen.

Auch der Vorwurf, die DDR habe mit zahlreichen Schikanen gegen Verträge verstoßen, ohne daß sich die Bundesregierung gegen dieses Verhalten zur Wehr gesetzt habe, darf

so nicht stehen bleiben. Die Zurückweisung des CDU-Vorsitzenden Kohl aus Ost-Berlin zum Beispiel war höchst unfreundlich und ganz gewiß entspannungsfeindlich, aber es war entgegen den Erklärungen des Betroffenen keine Verletzung des Grundvertrags oder des Verkehrsvertrags. Man sollte sich eben die Dinge genau betrachten, bevor man Vorwürfe erhebt. Häufig handelt es sich in der Tat nur um Schikanen und nicht um Vertragsverletzungen. Man darf doch nicht vergessen, daß die DDR auf Abgrenzung bedacht ist, während man humanitäre Anliegen durchsetzen will und deshalb als Fördernder auftritt.

Hinzu kommt, daß die Möglichkeiten gemeinhin überschätzt werden, die Bonn besitzt, um die DDR zu einem bestimmten Verhalten zu veranlassen. Härter reagieren? Nie wird konkret gesagt, wie denn, ohne eigene Interessen zu verletzen, ohne vor allem die Menschen drüben in Mitleidenschaft zu ziehen. Dann sollte man die Polemik lieber lassen. Wo es sich um eindeutige Vertragsverletzungen handelt, wird Bonn ebenso eindeutig tätig.

Schließlich behauptet Wohlrabe, die Regierung habe die wirtschaftlichen Beziehungen zur DDR bewußt von der Deutschlandpolitik getrennt. Auch diese Behauptung ist ungerechtfertigt. Man hat lediglich dafür gesorgt, daß zwischen beiden Bereichen ein angemessenes Verhältnis besteht. Dabei war von der Einsicht auszugehen, daß die Regierung der DDR wirtschaftlich grundsätzlich zu nichts genötigt werden kann. Zudem nützt der Interzonenhandel beiden Seiten. Wirtschaftliche Sanktionen werden deshalb aus guten Gründen auch von großen Teilen der Opposition verworfen.

Daß die Deutschlandpolitik etwas kostet, weiß freilich auch Wohlrabe. Er verweist selbst auf Zahlungen "zur Erleichterung der Lebensverhältnisse der DDR-Bewohner und zur Verbesserung des politischen Klimas", die in Unionsregierungszeiten geleistet worden sind. Da haben wir es. Entscheidend ist wohl, wer was tut. Da muß freilich daran erinnert werden, daß frühere Zahlungen ohne jede vertragliche Grundlage erfolgten. Die DDR konnte sich also jede Willkür leisten. Die Ausgewogenheit der Vertragspolitik hat dazu geführt, daß dies anders geworden ist und daß eindeutige Vertragsverletzungen benannt werden können.

(-/16.2.1978/hl/hgs)

+

+

+